

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



de Manuel Tuñón, Lara / Julio, Aróstegui / Ángel, Viñas

Der Spanische Bürgerkrieg

Eine Bestandsaufnahme

Aus dem Spanischen von Ulrike Liebert, Thomas Maier, Gerhard Poppenberg u. a

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 1401
978-3-518-11401-8

es 1401

edition suhrkamp

Neue Folge Band 401

Der 18. Juli 1936 markiert, mit dem Aufstand des größten Teils der spanischen Armee, den Beginn dessen, was als »Spanischer Bürgerkrieg« in die Geschichte Europas eingehen sollte. Am Ende von dreiunddreißig Monaten militärischer, politischer, sozialer und ideologischer Auseinandersetzung konnte Franco am 1. April 1939 den Sieg der von ihm befehligten Truppen verkünden. Die Ereignisse in diesem Zeitraum (und die Folgen für Spanien und Europa) wurden, wie es angesichts des Sachverhalts nicht anders sein konnte, äußerst kontrovers beurteilt – eine Debatte, die in den dreißiger Jahren sehr heftig geführt wurde und gegenwärtig keineswegs beendet ist. Angesichts dieser politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Situation ist das Unterfangen, das führende spanische Historiker unter der Leitung Manuel Tuñón de Laras verwirklicht haben, kaum hoch genug einzuschätzen: Sie legen eine Bestandsaufnahme dessen vor, was fünfzig Jahre nach Beginn des Putsches und mehr als zehn Jahre nach Francos Tod über den Spanischen Bürgerkrieg an historischem Wissen eruierbar ist. Diesen Anspruch, Umfassendes zu ihrem Thema zu sagen, lösen die Autoren ein, indem sie alle Bereiche der damaligen spanischen Gesellschaft untersuchen: von den militärischen Kämpfen bis zu den in deren Verlauf sich ändernden Ideologien, von der sozialen Entwicklung in den Städten und auf dem Land bis zu den Auswirkungen der Interventionen fremder Länder, von den Auseinandersetzungen im republikanischen Lager bis zu der sich herausbildenden Vormachtstellung Francos. Diese detaillierten Studien sind immer eingebunden in die Fragestellung: Welche Fakten, welche Abläufe, welche Interpretationen des Spanischen Bürgerkriegs können nach strenger objektiver Prüfung ins historische Gedächtnis der Spanier und Europäer aufgenommen werden? Diese Gesamtschau vermittelt somit ein genaueres Bild dessen, wie die Spanier heute, nach der Wiederherstellung der Demokratie, den Bürgerkrieg sehen; und zugleich bietet sich den Deutschen die Möglichkeit, jene Ereignisse, an denen Hitler-Deutschland nicht unbeteiligt war, auch ihrem historischen Gedächtnis einzufügen.

Der Spanische Bürgerkrieg

Eine Bestandsaufnahme

von

Manuel Tuñón de Lara

Julio Aróstegui

Ángel Viñas

Gabriel Cardona

Josep M. Bricall

Suhrkamp

Titel der Originalausgabe:
La guerra civil española. 50 años después
Die Übersetzung wurde gefördert aus Mitteln
des spanischen Kulturministeriums.
Die Übersetzungen der Beiträge von Manuel Tuñón de Lara wurden
von Bernard Lechner redaktionell bearbeitet

4. Auflage 2015

Erste Auflage 1987
edition suhrkamp 1401
Neue Folge Band 401
© Editorial Labor, S. A., Calabria, 235 -239, 08029 Barcelona,
Spanien (1985)
© der deutschen Übersetzung
Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1987
Suhrkamp Taschenbuch Verlag
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Satz: Hümmer, Waldbüttelbrunn
Printed in Germany
Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt
ISBN 978-3-518-11401-8

Inhalt

Manuel Tuñón de Lara	
Strukturelle Ursachen und unmittelbare Anlässe	7
Julio Aróstegui	
Soziale und politische Aspekte	65
Ángel Viñas	
Der internationale Kontext	187
Gabriel Cardona	
Die Militäroperationen	296
Manuel Tuñón de Lara	
Kultur und Kulturen. Ideologien und geistige Einstellungen	408
Josep M. Bricall	
Die spanische Wirtschaft	536
Manuel Tuñón de Lara	
Versuch einer Gesamteinschätzung – Ein halbes Jahrhundert danach	625
Zeittafel	651
Die Kabinette der Zentralregierung und der <i>Generalitat</i> 1936–1939	688
Abkürzungsverzeichnis	693
Personenregister	695

Manuel Tuñón de Lara

Strukturelle Ursachen und unmittelbare Anlässe

Der Spanische Bürgerkrieg – Ein halbes Jahrhundert danach

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen. Für drei Generationen, die inzwischen herangewachsen sind und ihre Rolle in der Gesellschaft übernommen haben, existiert jener radikale Einschnitt im Zusammenleben der Spanier, der Völker, Kulturen und Familien Spaniens – ein Bruch auch für die spanische Geschichtsschreibung, da er die unterschiedlichsten Interpretationen zur Folge hatte – nur noch in der Schilderung all der Schrecken, Leiden und Heldentaten, wie man sie von den Älteren hören kann; oder er lebt noch in der Erinnerung an eine aufdringliche, rachsüchtige Propaganda fort, wie sie fast vier Jahrzehnte lang unter dem diktatorischen Regime, das aus jener Auseinandersetzung hervorging, an der Tagesordnung war. Manche verbinden damit eigene Kindheitserinnerungen, beeinflußt allerdings durch die Sichtweise, mit der die ältere Generation und ihre Umgebung diese dramatischen Ereignisse erlebt haben.

All das scheint längst vergangen. Trotzdem, wer könnte schon behaupten, daß ihn der Gedanke an jenes Spanien nicht betroffen macht: ein zweigeteiltes Land, von Schützengräben und Stacheldraht durchzogen, gespalten – wie Antonio Machado schreibt – in

Kriegsgebiete, Festungswälle,
zwischen Pappelhügeln und Gebirgshöhen?

Und nicht nur gespalten, zerbrochen vielmehr, in seiner historischen Entwicklung gelähmt, von Haß und Leidenschaften erfüllt, die über die Jahre fortauern, da vergossenes Blut und schweres Leid nicht so leicht zu vergessen sind.

Aufgabe der Geschichtsschreibung ist es – wenn sie wirklich eine Wissenschaft sein will, die die Vergangenheit einzelner Gesellschaften zu verstehen und zu erklären sucht –, dem Vergessen entgegenzuwirken. Vielmehr muß sie sich dem Verständnis und der Erklärung dessen, was unmöglich ignoriert werden kann, mit der größten methodischen Strenge und möglichst geringer ideolo-

gischer Voreingenommenheit annähern. Es muß ihr darum gehen, rationale Kategorien für einen geschichtlichen Prozeß zu erschließen, der durch Leidenschaften, Emotionen und Irrationalität geprägt ist. Wie konnte es mitten im 20. Jahrhundert zu dieser Spaltung der spanischen Gesellschaft kommen, zu dieser Teilung in Sieger und Besiegte, in »Gute« und »Böse«, in Patrioten und Vaterlandslose, die aufgrund einer inneren Logik – die auch dem Irrationalen nicht fremd ist – erst zu Ketzern, schließlich zu Verrätern wurden? Ziel des vorliegenden Bandes ist es, die Auswirkungen des Bürgerkrieges auf den verschiedensten Ebenen dieses Strukturgefüges, das wir die sozio-historische Realität Spaniens im 20. Jahrhundert nennen, zu untersuchen und zu beschreiben, was wir davon ein halbes Jahrhundert später noch erkennen können – vielleicht ein allzu ehrgeiziges Vorhaben der Autoren, die es jedoch in völliger Übereinstimmung in Angriff genommen und dieses Buch in enger Zusammenarbeit geschrieben haben.

Nicht umsonst weisen wir darauf hin, daß es sich bei diesem Band um Interpretationen auf der Grundlage geschichtlicher Daten handelt, nicht etwa um eine Wiedergabe von Ereignissen. Wir wollen den Spanischen Bürgerkrieg nicht noch einmal schildern, sondern darlegen, reflektieren und analysieren, was er vor dem Hintergrund seiner Ursachen und seiner Folgen wirklich bedeutete. Es wäre für uns ein Erfolg, wenn es uns gelänge, zur unumgänglichen Einordnung dieses Themas als einem festen Bestandteil der Geschichte Spaniens beizutragen; es könnte dann nicht mehr als untaugliches Argumentationsfeld in den Diskussionen der jungen spanischen Generationen dienen, wenn es um die ganz anderen und ebenso komplexen Probleme geht, die sich am nicht mehr fernen Horizont des Jahres 2000 abzeichnen.

Zweifellos stößt man, wie bei jedem Versuch, eine historische Entwicklung auf der Grundlage vieler Einzelfakten zu verstehen, auch hier auf verschiedene Ursachenkomplexe: zum einen die grundlegenden, langfristig wirksamen Ursachen (die man heute allgemein »strukturelle« nennt), zum andern die unmittelbaren, d. h. die aktuellen Ursachen. Strenggenommen müßten wir uns etwas präzisere methodische Überlegungen ins Gedächtnis rufen, wie die Oskar Langes, für den sich die Ursachen der sich verändernden gesellschaftlichen Gegebenheiten nicht aus vereinzelt Elementen zusammensetzen, sondern Matrizen des Wandels sind, die aus einer Reihe sich gegenseitig bedingender Vektoren (be-

stimmter Länge, Richtung und Bedeutung) gebildet werden. Die Ursachen historischer Veränderungen sind demnach komplexe Transformationsmatrizen, oder einfacher gesagt: zunächst wurde von einer langen Kette sich wechselseitig bedingender Phänomene eine bestimmte Situation mit einem immer größer werdenden Konfliktpotential hervorgebracht, so daß schließlich ein oder mehrere »Zünder« (auch »auslösende Faktoren« genannt) ausreichten, um es im Sommer 1936 explodieren zu lassen.

Spanien war damals eine Gesellschaft, die seit langem an einer offenkundigen Verzögerung dessen litt, was wir als ihren »Modernisierungsprozeß« bezeichnen können. Diese Verzögerung trat unter anderem in beträchtlichen Verschiebungen zwischen den *tempi* oder Rhythmen der verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zutage: der politischen, ökonomischen, demographischen, technologischen, kulturellen Ebene usw. Die Ungleichzeitigkeiten trugen dazu bei, eine *geschichtliche Zeit* zu begründen, die sich zwischen zwei Gesellschaftsmodellen situieren läßt: dem sogenannten Ancien Régime (feudale oder höfische Gesellschaft – ohne uns auf diese Diskussion einzulassen, die nicht zu unserem Thema gehört) und dem – vor allem in ihrem industriellen Entwicklungsstadium – besonders widersprüchlichen Modell einer »bürgerlichen« Gesellschaft. Die grundlegenden Gegensätze im sozio-historischen Gefüge Spaniens, das zwischen diesen beiden Modellen angesiedelt war, waren sehr deutlich; zudem erlebte Spanien eine sehr instabile *geschichtliche Zeit* mit sich gegenseitig bedingenden Fehlentwicklungen und sehr konfliktreichen einzelnen Phasen.

Gibt es vielleicht eine Beziehung zwischen unserem Untersuchungsgegenstand und dem berühmten Schlagwort von den »zwei Spanien«, das so häufig und nicht immer in wohlmeinender Absicht von verschiedenen Seiten angeführt wird? Ich bin nicht unbedingt davon überzeugt; mehr als einmal habe ich dargelegt, daß ich weniger an die Existenz »zweier Spanien« als vielmehr an die »vieler Spanien« glaube, an dieses Völkergebilde, das – trotz aller Heterogenität – eine geschichtliche Homogenität aufweist. Es gab also eine spanische oder aus den Volksgruppen Spaniens bestehende Gesellschaft, die wie jedes soziale Gebilde in verschiedene gesellschaftliche Schichten unterteilt war – und ist –, von denen sich einige antagonistisch gegenüberstanden (ein objektives strukturelles Phänomen, das vom Willen der Menschen unabhän-

gig ist) und die Konfliktpotentiale enthielten, die manchmal mit der Gewalt eines Vulkans an die Oberfläche drangen. Jede soziale Gruppierung wollte, daß ihre Wertvorstellungen und ihre Auffassung vom »Gemeinwesen« von den anderen als maßgebend für die gesamte Gesellschaft akzeptiert würden. Jedes der »zwei Spanien« bildete eine Fraktion, die jeweils versuchte, denjenigen Teil, der durch ihre eigenen Interessen und deren Ideologisierung geprägt war, für das Ganze zu halten, als für die Gesamtheit der spanischen Gesellschaft gültig zu erklären. Und so wurde aus einem gesellschaftlichen Widerspruch ein ideologischer Streit, der unter bestimmten Umständen zu einer gewaltigen Konfrontation führte.

Es gibt einen historischen Prozeß der strukturellen Krisen in der spanischen Gesellschaft, den man leicht erklären kann, wenn man die Risse aufzeigt, die im vorherrschenden Begriffs- und Wertesystem nach dem Verlust der letzten Kolonialgebiete im Jahr 1898 sichtbar werden. Dieser Prozeß kann mittels einiger »historischer Indikatoren« bis 1936 verfolgt werden. Damit nähern wir uns den sogenannten »vitalen Konstanten« eines Landes, die uns auch seine Veränderungen und die Krisen verdeutlichen können, denen es ausgesetzt ist.

Diese Indikatoren geben sowohl Auskunft über die demographischen Gegebenheiten als auch über die Strukturen der Warenproduktion und -zirkulation, der Einkommensverteilung und – auf einer komplexeren Ebene – über die soziale Struktur und ihre Veränderungen; ferner über das politische System, die Staatsgewalt auf der einen, die politischen Parteien und Organisationen auf der anderen Seite. Zu den Instanzen, die die Ideen und Denkmuster hervorbringen, gehören auch die Systeme der Hegemonie (bzw. der Machtsicherung), wie die Kirche, die Universität, die Presse etc., deren Botschaften sich zu Überzeugungen und Einstellungen kristallisieren.

Auf einer anderen Ebene gelangt man von der Ideenerzeugung und -verbreitung zur Kultur, die einerseits an den Bereich der Ideologien, andererseits an den von Wissenschaft und Technik heranreicht. Zwischen beiden Bereichen berührt sie Gebiete, die nicht immer genau zu bestimmen sind.

Diese »historischen Indikatoren« hatten in der spanischen Geschichte unterschiedliche Verläufe und unterlagen leicht feststellbaren Schwankungen, aus denen, ganz allgemein gesprochen, eine

Verflechtung von *archaischen* Zügen mit solchen einer *modernen Krise* entstand. Kurz: der gesellschaftliche Block, der die Macht innehatte, sah sich immer weniger in der Lage, seine Ideen und Wertvorstellungen zu »sozialisieren« und selbst die Funktionsfähigkeit des Staatsapparates zu gewährleisten. So kam es zu einer stufenweisen Krise: zunächst in den Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, dann in der Zeit von 1917 bis 1923 und schließlich während der Diktatur Primo de Riveras als dem fehlgeschlagenen Versuch, ein neues Gleichgewicht innerhalb des Machtblocks herzustellen und die Hegemonie zurückzuerlangen.

Die Krise, die damals bereits eine Staatskrise war, führte zum politischen und institutionellen Wechsel von 1931. Mit der Republik begann die entscheidende Phase. Die Lösung der grundlegenden Krise blieb jedoch aus, denn es wurde immer schwieriger, das politische und soziale Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, da diejenigen Gruppen, die nach dem Verlust der politischen Macht nach wie vor die ökonomische inne hatten, den neuen gesellschaftlichen Kräften die *auctoritas* streitig machten. Andererseits beherrschten emotional geprägte Vorgehensweisen die Mehrzahl der Handlungsmuster im gesamten politischen Spektrum, und schließlich gelang es dem irrationalen Flügel der »soziologischen Rechten«, seine politische Strategie durchzusetzen: nämlich sämtliche Machtinstanzen mit Gewalt zurückzuerobern, indem man sich den Verteidigungsapparat des Staates selbst weitgehend zunutze machte und die Kommunikationssysteme monopolisierte, um auf diese Weise die Krise zu »lösen« und die ökonomische und moralische »Ordnung« wiederherzustellen. Die gesamte, als illegal betrachtete Opposition sollte ausgeschaltet werden.

Erste Krisensymptome: 1898–1914

Die während der Restaurationsphase (1875–1898) hergestellte ideologische Homogenität des Herrschaftsapparates zeigte nach der militärischen Niederlage von 1898 und dem Pariser Vertrag, der am 10. Dezember desselben Jahres zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten unterzeichnet wurde, starke Krisensymptome. Danach verlor Spanien Kuba, Puerto Rico, die Philippinen, die Karolinen, die Marianen und die Palau-Inseln, d. h. die letzten Reste seines einst riesigen Kolonialreichs.

In der spanischen Geschichtsschreibung ist es üblich geworden, von der »Katastrophe« des Jahres 1898 zu sprechen; wenn es tatsächlich eine Katastrophe gab und man von einer Krise sprechen kann, dann vor allem deshalb, weil die Wertmaßstäbe, an denen sich die Herrschenden im 19. Jahrhundert orientierten, zusammenbrachen. Die eigentliche Krise betraf die Hegemonie dieses Machtblocks. Sein Bezugssystem, die geistigen und weltanschaulichen Triebkräfte, die das ideologische Rüstzeug dieser Agrar- und Handelsbourgeoisie bildeten, um die sich der größte Teil der ländlichen und städtischen Mittelschicht und des Kleinbürgertums scharte, hatte seine Gültigkeit verloren. Der geschlossene ideologische »Überbau«, der von den Wertvorstellungen und Denkschemata des Ancien Régime geprägt war, ging in die Brüche.

Im Gegensatz dazu gilt es heute als gesichert, daß man in dieser Phase nicht von einer Wirtschaftskrise sprechen kann. Ausnahmen bildeten die katalanische Textilindustrie und der kastilische Getreidebau, zwei Produktionszweige, deren Schwierigkeiten mit der Krise der Landwirtschaft um die Jahrhundertwende oder, in ökonomischen Begriffen, mit der Verdoppelung der Staatsschulden infolge des Krieges und der Abwertung der Peseta zusammenhängen. Diese Auswirkungen wurden zum größten Teil nach 1900 durch die Deflationspolitik Fernández Villaverdes abgeschwächt. Der Norden des Landes verzeichnete dagegen einen wirtschaftlichen Aufschwung im Bergbau, in der Eisenhüttenindustrie, im Schiffbau, in der Papierindustrie etc., der mit einem starken Rückfluß an Kapital und anderen Investitionsmitteln verbunden war. Die unmittelbare Folge davon war die Entstehung einer Vielzahl von Aktiengesellschaften und Banken. Es ist sogar eine Zeit, in der sich die »neue Landwirtschaft« (Orangen, Zuckerrüben . . .) entfaltete. Es scheint daher eher angebracht, von ersten Krisensymptomen in der Zeit zwischen 1900 und 1914 zu sprechen, und zwar aufgrund folgender Anzeichen:

Erstens: Wandlungen demographischer, sozioökonomischer und technischer Art (neue Formen der Eisenverhüttung, der Einsatz der Elektrizität, der Gebrauch chemischer Produkte oder des Verbrennungsmotors) begründeten eine zweite industrielle Revolution und standen in scharfem Gegensatz zur Inflexibilität der traditionellen Landwirtschaft, die noch immer 65% der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigte. Die Schwerindustrie entwik-

kelte sich langsam, aber mit beträchtlichen Gewinnen, denn sie profitierte (ebenso wie die Getreideerzeugung) von den höchsten Schutzzöllen Europas (1906), die die mangelnde Nachfrage eines infolge der geringen Kaufkraft großer Bevölkerungsteile unterentwickelten Marktes ausglich. Die von den Banken kontrollierte Großindustrie tendierte zur Oligopolisierung (Eisenhüttenindustrie mit eigener Verkaufsorganisation, Elektrizitätswerke in eigener Regie) und sicherte sich staatliche Aufträge (Straßenbau, Flotte, Militär).

Die Bevölkerungszahl betrug zu dieser Zeit bereits mehr als 20 Millionen, in städtischen Ballungsgebieten wohnten mehr als 600 000 Menschen (Madrid und Barcelona). Die größte Konzentration von Industriearbeitern verzeichneten Barcelona-Stadt und Provinz, Bilbao mit seinem Einzugsgebiet sowie die Bergbau- und Eisenhüttenindustrie Asturiens.

Die Mehrheit der Bevölkerung, die im Primärsektor arbeitete, lebte dagegen in kleinen Dörfern verstreut auf dem Land. Ein industrieller Aufschwung, der die Umsiedlung ländlicher Arbeitskräfte in die Städte erlaubt hätte, blieb aus. Die Nachfrage auf dem Binnenmarkt war gering. Und auf den Auslandsmärkten konnte sich die spanische Industrie, die sich erst spät entwickelt hatte und auf ausländische und zum Teil rückständige Technologie angewiesen war, nicht durchsetzen. Spanien exportierte Erze, Obst, Öl, Wein (weniger als zuvor), Kork und vor allem Arbeitslose. Diese verließen seit den achtziger Jahren das Land und bildeten einen Auswandererstrom, der nur für kurze Zeit vom Ersten Weltkrieg unterbrochen wurde. Spanien importierte Technologie, Baumwolle für die Textilindustrie, Stockfisch zur Verbesserung der Ernährungslage der Arbeiterschaft und bisweilen Kapital für wichtige Investitionen.

Zweitens: Der mangelnde ideologische Zusammenhalt des Machtblocks trat seit Beginn des 20. Jahrhunderts in einer Reihe von Auflösungserscheinungen zutage, die in der Folge unweigerlich zum Bruch führen sollten. Die wichtigsten seien genannt, denn aus ihnen entwickelten sich die Ursachen jener Konflikte, die die Tragödie von 1936 zur Folge hatten:

– Die Existenz einer gewichtigen Bourgeoisie, deren Einstellungen und gesellschaftspolitische Auffassungen jedoch zweifellos von den Entwicklungen überholt waren, die die bereits erwähnte zweite industrielle Revolution nach sich zog. Das ökonomische

tempo unterschied sich beträchtlich von dem auf ideologischem Gebiet; das eine war das *tempo* der Ökonomie und Technologie des 20. Jahrhunderts, das andere das der feudalen Wertmaßstäbe und Gesellschaftsvorstellungen des Ancien Régime. Außerdem bestand innerhalb des ökonomischen *tempos* eine deutliche Verschiebung zwischen der Industrialisierung und ihren Erfordernissen auf der einen und der Inflexibilität der Landwirtschaft auf der anderen Seite.

Der Widerspruch zwischen den alten Vorstellungen und dem ökonomischen Fortschritt hatte wahrscheinlich seine Wurzeln im Kompromißcharakter der bürgerlichen Revolution (grob gesagt, paktierte das Bürgertum mit dem Adel, der sich in eine Agrarbourgeoisie verwandelte, allerdings mit einem feudalherrschaftlichen ideologischen »Überbau«). Zu den daraus resultierenden Ungereimtheiten gehörte, daß die Kirche mit ihren Einrichtungen die zentrale Institution zur Vermittlung und Verbreitung von Wertvorstellungen blieb und nicht, wie in anderen bürgerlichen Gesellschaften, von einer säkularisierten Schule ersetzt wurde.

Die bereits erwähnten Phänomene, der Fortbestand des Kazikentums und die immer mehr abnehmende Repräsentativität der jeweils herrschenden Parteien (die sich seit Anfang des Jahrhunderts überdies noch in Einzelgruppen aufsplitterten), waren Anlaß für die kritische Haltung der Intellektuellen gegenüber dem Staat. Diese war seit der Niederlage von 1898 offenkundig und traf mit einer gleichfalls kritischen Einstellung des städtischen Kleinbürgertums und sogar bedeutender Teile der Großbourgeoisie zusammen, die nicht zum oligarchischen Machtblock gehörten. Auch wenn die sogenannte Erneuerungsbewegung (*el regeneracionismo*) sehr unterschiedliche Zielsetzungen und Vorgehensweisen einschloß, wurde die kritische Sicht der herrschenden Verhältnisse vor allem durch Joaquín Costa repräsentiert, der bereits anhand soziologischer Fragestellungen die durch Kaziken und Oligarchien geprägte Gesellschaft untersuchte, jedoch noch keine Lösungen anbieten konnte. Die Haltung der Generation von 1914 ist trotz ihrer pluralistischen Einstellungen der Beweis dafür, daß die Hegemonie des Machtblocks in eine Krise geraten war. Zeugnisse dieser Krise sind die Gründung der *Liga de Educación Política* (Liga für Politische Erziehung) durch Ortega y Gasset, Azaña und andere sowie der *Escuela Nueva* (Neue Schule) durch Nuñez de Arenas, die sozialistischem Gedankengut verpflichtet war und von

Jaime Vera, Araquistain, Besteiro etc. gefördert wurde. Wenig später, 1915, bestätigte das Erscheinen der Zeitschrift *España*, die zunächst von Ortega y Gasset und ab 1916 von Araquistain (der den Konfrontationskurs verschärfte) geleitet wurde, die Tragweite der intellektuellen Kritik am bestehenden System.

In diesem zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gab es sicherlich auch innerhalb des herrschenden Blocks eine »revisionistische« Tendenz; gemeint ist die Reformistische Partei von Melquiasdes Álvarez, der das System teilweise neu strukturieren und den Parteienmechanismus verändern wollte (was auch Maura versuchte, allerdings auf der Rechten); seine Absicht war es, die Intellektuellen »zurückzugewinnen« oder »umzuwandeln« und den modernsten, dem Regime abgewandten Teil des Bürgertums zu integrieren. An dem Versuch beteiligten sich Manuel Azaña und José Ortega y Gasset, um nur zwei der herausragendsten Intellektuellen zu nennen, die bei dieser Gelegenheit zusammenwirkten. Die Verschärfung der Widersprüche und Konflikte während des Ersten Weltkriegs führte jedoch zum Scheitern der reformistischen Bewegung und zur Radikalisierung eines großen Teils ihrer Intellektuellen.

– Ein weiterer Anhaltspunkt für diese Auflösungserscheinungen des Machtblocks war, allerdings unter anderen ideologischen Vorzeichen, der *Militarismus*; die Demütigung, die die Niederlage von 1898 für die Armee bedeutet hatte, blieb nicht ohne Folgen für das Weltbild und die Wertvorstellungen eines Großteils der Militärs; ihre Überempfindlichkeit trieb sie dazu, über ihr eigentliches Aufgabengebiet hinaus in die gesellschaftlichen Entwicklungen eingreifen zu wollen. Diese Bestrebungen, die zudem von der Staatsspitze ermutigt wurden, führten zu einer Reihe innerer Konflikte. Beispielhaft dafür seien die Angriffe auf katalanische Zeitungen und die Verabschiedung eines Gesetzes erwähnt, das, nachdem seine politische Durchsetzung geschickt vorbereitet worden war, eine privilegierte Militärrechtsprechung einführte (1906). Durch dieses Gesetz war die Armee gleichzeitig Richter und Ankläger, wenn sie sich bedroht oder angegriffen glaubte. Ebenfalls seit Beginn des Jahrhunderts suchte die spanische Außenpolitik in Nordafrika den einfachsten Weg, um sich für die Niederlage von 1898 zu entschädigen, die kolonialen Sehnsüchte zu befriedigen und die Rolle der Armee aufzuwerten. (1908 zählte man rund 18 000 Offiziere und Befehlshaber für 80 000 Soldaten,

darunter 14 000 mit Kommandofunktionen.) Im Zuge dieser Politik intervenierte Spanien immer häufiger militärisch in Marokko. De facto geriet man auf diese Weise verstärkt in einen verdeckten Krieg, der im Juli 1909 bei Melilla mit blutigen Kämpfen begann und 2 253 Tote (unter ihnen waren General Pinto und zwei Oberstleutnants) forderte. Schließlich trat Frankreich im November 1912 einen Teil des Protektorats Marokko, das es Monate zuvor vom Sultan erhalten hatte, an Spanien ab; es handelte sich um einen Landstrich im Norden und den Beginn der Atlantikküste. Dieses spanische Protektorat in Marokko belastete zwar den Staatshaushalt sehr, lenkte aber die Bestrebungen und Erwartungen der Armee in feste Bahnen. 1913 standen dort 65 000 Mann unter Waffen. Was als ein friedliches Eindringen geplant war, verwandelte sich in einen langen schwelenden Krieg, der jedoch, mit Ausnahme seiner virulenten Phase zwischen 1920 und 1927, nie als solcher bezeichnet wurde. Dieser Kolonialkrieg führte zu einer kolonialistischen Deformierung der Einstellung von Befehlshabern und Offizieren und vergrößerte ihre Distanz zur Gesellschaft. Der Militarismus (das heißt der Wille der Militärs, auf nicht verfassungsgemäßem Weg in das politische Leben einzugreifen mit der Absicht, entgegen ihrer eigentlichen Funktion als ausführendes Organ wichtige Entscheidungszentren zu besetzen) zeigte sich in zwei verschiedenen Ausprägungen: auf der Halbinsel in Form der 1917 ins Leben gerufenen *Juntas de Defensa* (eine Art geheime Offiziersgewerkschaft innerhalb der Armee, die bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs existierte), während die »afrikanische« Variante nachhaltige Auswirkungen haben sollte, die mit dem Hauptthema unserer Untersuchung zusammenhängen.

Die angeführten Phänomene, aufgrund derer Spanien eine rückständige und widersprüchliche Gesellschaft war, die bereits in sich gefährliche Konfliktherde einschloß, verbanden sich im Laufe des 20. Jahrhunderts mit zwei grundlegenden Konfliktfeldern, die schließlich die weitere historische Entwicklung prägten. Eines war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts von der herrschenden Klasse gemeinhin als die »soziale Frage« bezeichnet worden: Im Grunde handelte es sich um nichts anderes als um das bekannte Problem, wie in einer bürgerlichen Gesellschaft der Überschuß bei der Produktion und Reproduktion der Güter verteilt werden sollte. Zu einem bestimmten Zeitpunkt jedoch erlangten die Arbeiterklasse und generell alle lohnabhängigen Arbeiter ein (mehr

oder weniger klares und theoretisch fundiertes) Bewußtsein, daß nämlich die Verteilung dieses Überschusses (das Lohn Einkommen in der einen oder anderen Form) in keiner Weise ihrem Anteil am Produktionsprozeß entsprach. Diese Bewußtseinsbildung griff auf immer mehr Gruppen über; die Tendenz, sich zu organisieren, gemeinsam Forderungen zu entwickeln und Proteste vorzubringen, provozierte entsprechende Reaktionen der Arbeitgeber und in den meisten Fällen auch solche des Staatsapparates, der nicht nur die Produktionsverhältnisse insgesamt, sondern auch viele Einzelaspekte (Löhne, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen etc.) für unantastbar hielt. So schlug die soziale Frage immer stärker in politische Konfrontationen um und brachte neue Klassenbündnisse hervor, womit schlicht und einfach die *Machtfrage* gestellt war.

Der rapide Aufstieg der sozialistischen Gewerkschaft UGT (*Unión General de Trabajadores*, Allgemeiner Arbeiterbund) sowie des PSOE (*Partido Socialista Obrero Español*, Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) nach 1910, die Gründung der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT (*Confederación Nacional del Trabajo*, Nationalbund der Arbeit) 1911, die Reaktion von seiten der Unternehmer durch die Bildung »harter« Arbeitgeberverbände zwischen 1911 und 1914, die Generalstreiks von 1910 und in weit größerem Ausmaß der von 1911 in Vizcaya, der Streik der Eisenbahner 1912 (an dem 72 000 Arbeiter beteiligt waren) und der der 15 000 Bergarbeiter von Río Tinto 1913: in all diesen Ereignissen spiegelt sich die zunehmende Tragweite der »sozialen Frage« wider.

Das zweite, ebenfalls systemimmanente Konfliktfeld entstand bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts, wurde jedoch erst im 20. Jahrhundert voll sichtbar: nämlich der Anspruch auf Autonomie und Selbstverwaltung einiger historisch und kulturell exakt definierbarer Gruppen, der sogenannten »historischen Nationalitäten«. Sowohl in Katalonien als auch im Baskenland brachte dieses Problem ein anderes, internes mit sich, nämlich die Frage, welcher sozialen Klasse jeweils die Hegemonie in der entsprechenden Nationalität zukam. Die zentralistische Tradition des liberalen Staates der Agrarbourgeoisie des 19. Jahrhunderts und seines militärischen Apparates, die der Anerkennung einer offenkundigen, historisch gewachsenen Heterogenität entgegenstand, trug entscheidend zur Verschärfung der Lage bei.

Die Krise spitzt sich zu: 1915–1923

Der Erste Weltkrieg hatte unmittelbare Auswirkungen auf die spanische Gesellschaft und verschärfte die bestehenden Ungleichgewichte. Dies mag paradox erscheinen, da Spanien nicht an den Kämpfen teilgenommen hat. Aber gerade deshalb verursachte die ungewöhnliche Lage auf dem Weltmarkt, auf dem die Industriestaaten sich von Exporteuren zu Kunden und Bittstellern neutraler Länder wie Spanien entwickelten, einen schwindelerregenden Anstieg der Nachfrage nach Rohstoffen und Industrieprodukten und ebnete generell den Unternehmern den Weg zur Erzielung überhöhter Gewinne. In erster Linie betraf dies jedoch den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, den Schiffbau, die Textilindustrie (bis 1917, als die Lieferung nordamerikanischer Baumwolle aussetzte), aber auch die Nahrungsmittelerzeugung, ganz zu schweigen von den Spekulations- und Schwarzmarktgeschäften.

Diese noch bis 1920 anhaltende konjunkturelle Lage begünstigte übermäßig diejenigen, die die Gewinne aus Produktion und Verkauf dieser Waren einstrichen, gegenüber denen, die von festen Einkommen lebten, vor allem die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Anhäufung der Gewinne, die Veränderungen in der Bevölkerungs- und Beschäftigungsstruktur (ein Teil der Landbevölkerung wanderte in die Industrie und den Dienstleistungssektor ab), vor allem aber die Tatsache, daß im Jahr 1917 die Löhne einen Index von 117 Punkten im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten mit 140 Punkten und den Gewinnen der großen Unternehmen mit 400 Punkten erreicht hatten: diese Entwicklungen schufen eine explosive Situation in einem Land wie Spanien, in dem die soziale Ungleichheit extrem groß war und die ideologische Krise bereits seit fast zwei Jahrzehnten andauerte. Der Vertrauensverlust der jeweils regierenden, in sich zersplitterten Parteien, die skandalöse Praxis des Kazikentums, beides Ursachen für die wachsende Stimmenthaltung bei Wahlen, die Schwierigkeiten des Staates, seine eigenen Organe zu kontrollieren, ob im Rif-Krieg oder im »weißen« Bandum der *pistoleros* (von Unternehmern aufgestellte bewaffnete Banden) in Barcelona – all diese Entwicklungen deuteten darauf hin, daß die Hegemoniekrise ein verhängnisvolles Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Kräfte zur Folge hatte und sich eine Staatskrise ankündigte.

1920 hatte Spanien bereits über 21 Millionen Einwohner; von den

acht Millionen Beschäftigten waren zwei Millionen als Landarbeiter und 1,5 Millionen als Arbeiter in Industrie, Bergbau und Transportwesen tätig. Im Bergbau und im Hüttenwesen hatte sich die Zahl der Beschäftigten verdoppelt, anteilmäßig lagen jedoch nach wie vor die Textilindustrie und der Bausektor an der Spitze. Wenn wir anhand der von García Delgado ermittelten Daten für das Jahr 1913 einen Index von 100 annehmen, so standen die Preise im Jahr 1920 bei 227,6, die Löhne bei 179,3 und die Gewinne bei 214,0 Punkten. Das sind selbstverständlich Durchschnittswerte, die nichts über die phantastischen Gewinne der großen Familien aussagen, die den wichtigsten Teil des Bergbaus und der Eisenhüttenindustrie, der Reedereien, des Außenhandels etc. in ihrem Besitz hatten. Diese Zahlen machen auch nicht deutlich, daß es Arbeitern, wie jenen in Asturien und Vizcaya (nach harten Streiks und in Bereichen, in denen die Gewinne der Unternehmer noch größer waren), gelang, ihre Realeinkommen zu halten oder sogar geringfügig zu verbessern. Die Lage der Landarbeiter hingegen wurde immer schlechter, bis es zwischen 1918 und 1920 zu den großen Streiks auf dem Land kam.

Weitere Daten, die diese Entwicklung veranschaulichen: allein zwischen 1916 und 1920 wurden 3486 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 4427 Millionen Peseten gebildet; aus dieser Zeit stammen die Gründung des *Banco Central*, des *Banco Urquijo*, der *Compañía General de Carbones*, der *Babcock and Wilcox AG*, der *Compañía Auxiliar de Ferrocarriles*, der *Compañía Transmediterránea de Navegación* (Juan-March-Gruppe), der *Sociedad Ibérica de Construcciones Eléctricas* oder der Bergbau-AG *Los Guindos*, die in deutschem Kapitalbesitz war und von José Luis Oriol geleitet wurde. Ähnliches galt für den 1920 gegründeten multinationalen CHADE-Konzern (*Compañía Hispano-Americana de Electricidad*), dem der Marquis de Comillas vorstand, wobei er von Francesc Cambó tatkräftig unterstützt wurde.

Das Gefälle zwischen den Löhnen und den Gewinnen begünstigte ohne Zweifel das Anwachsen und die Konsolidierung der Arbeiterorganisationen. Die Mitgliederzahl der UGT stieg von weniger als 100 000 auf 240 000, die der Sozialistischen Partei von 15 000 auf mehr als 50 000; die CNT erreichte in drei Jahren einen schwindelerregenden Zuwachs auf mehr als 650 000 Mitglieder. Insgesamt war etwa ein Viertel der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, in Barcelona waren es sogar 50% und in Madrid mehr als 30%.

Der Generalstreik im August 1917 (der erste, der auch politischen Charakter hatte) wurde zwar von der Regierung Dato-Sánchez Guerra unter Einsatz aller Zwangsmittel niedergeschlagen. Das Streikkomitee wurde verhaftet, aber einige Monate später bei den Wahlen im Februar 1918 quasi durch Wählerentscheid aus dem Gefängnis befreit, indem einige der Mitglieder (Besteiro, Largo Caballero, Anguiano, Saborit) ins Parlament gewählt wurden. Die Gewerkschaftsorganisationen festigten sich; die Solidaritätsstreiks und jene Streiks, mit denen bestimmte Forderungen verbunden waren, nahmen ständig zu. (Einige entwickelten sich zu Auseinandersetzungen von großer Tragweite, wie der sogenannte *Canadiense*-Streik von 1919 in Barcelona [die *Canadiense* war eine Transport-, Licht- und Elektrizitätsgesellschaft].) Die Organisation der andalusischen Landarbeiter verstärkte sich, und es kam zu harten und folgenschweren Konflikten vor allem jeweils kurz vor der Oliven- und Getreideernte. Die Nachrichten über die Russische Revolution wurden von der Basis der Arbeiterschaft voller Bewunderung aufgenommen und lösten allgemeine Begeisterung aus. (Man stelle sich vor, daß sogar die CNT, ohne den Anarchismus preiszugeben, sich 1919 im Überschwang der Gefühle der Dritten Internationale anschloß; die Sozialistische Partei wurde drei Jahre lang von einer internen Krise beherrscht, als es um die Entscheidung zwischen der Zweiten und der Dritten Internationale ging, bis es im April 1921 zur endgültigen Spaltung zwischen PSOE und PCE [*Partido Comunista Español*, Kommunistische Partei Spaniens] kam.) Diese Faktoren vertieften nicht nur die Hegemoniekrise, sondern führten zur Destabilisierung des politischen Systems und schließlich zur Infragestellung der staatlichen Institutionen.

Als Antwort auf die Entscheidung der Arbeiterschaft, sich als Klasse zu begreifen, versuchte man von seiten der Kirche und der Arbeitgeberschaft eine katholische Gewerkschaftsbewegung ins Leben zu rufen, die eine Zusammenarbeit der verschiedenen sozialen Schichten zum Ziel hatte. Sie war jedoch nicht sehr mitgliederstark und zudem von internen Kämpfen beherrscht. Aus Anlaß des *Congreso Nacional de Obreros Católicos* (Kongreß der Nationalen Vereinigung Katholischer Arbeiter), der 1919 stattfand, bezifferte man die Mitgliederzahl auf 65 000. Der vom Marquis de Comillas und dem Jesuitenorden beeinflusste Flügel pflegte intensive Beziehungen zum Arbeitgeberverband und den von ihm